

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 14

Artikel: Wer im Glashaus sitzt : Erklärung von Bern und SOI
Autor: M.K. / P.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erklärung von Bern und SOI

Wer im Glashaus sitzt

Wir haben in ZB 1/1979 die «Erklärung von Bern» vorgestellt und in ZB 7/1979 mit ihr diskutiert. Heute zeigen wir, wie sie über uns diskutiert — und was es wirklich zu diskutieren gibt.

Im ZeitBild 1/1979 haben wir veröffentlicht, was uns damals von der sogenannten «Erklärung von Bern» bekannt war. Diese hat uns daraufhin geschrieben, unser Bericht enthalte «eine Reihe von Unvollständigkeiten oder aus dem Zusammenhang gerissenen und damit irreführenden Informationen». Um solchen haltlosen Gerüchten entgegenzutreten, hatte sie ihrem Brief eine «Stellungnahme» zum Abdruck im ZeitBild beigelegt. Da uns Irreführung und Gerücherverbreitung fern liegen, baten wir um Präzisierung und Begründung dieses Vorwurfs. Die «Erklärung von Bern» erwiderte uns darauf:

«Da wir in unserer Stellungnahme zum Artikel im ZeitBild keine Vorwürfe erhoben haben, geht es nicht darum, solche zu präzisieren.»

Wir haben damals erwogen, den Briefwechsel in extenso abzudrucken, um zu zeigen, wie leichtfertig bei der «Erklärung von Bern» Vorwürfe erhoben und abgestritten werden. Wir haben uns dann aber damit begnügt, die einzige wirkliche Information dieser Organisation zu veröffentlichen, nämlich die «Stellungnahme» zu einer von uns offengelassenen Frage (ZeitBild 7/1979).

Zu unserer Überraschung mussten wir nachträglich feststellen, dass die «Erklärung von Bern» in ihrem Rundbrief 1979/1 eine Darstellung der Angelegenheit verbreitet hatte, die nun wirklich irreführend war. Unter der Überschrift «Gegen haltlose Gerüchte» druckte sie nicht nur ihre «Stellungnahme» ab, sondern sie gab dieser mit der aus dem Begleitbrief «gerissenen» Behauptung

der Gerüchtemacherei einen andern Sinn. Wir haben daraufhin der «Erklärung von Bern» nachstehende Stellungnahme gesandt:

Stellungnahme

Zum Bericht «Gegen haltlose Gerüchte» in der «Dokumentation zum Rundbrief 1979/1» der «Erklärung von Bern» nehmen wir wie folgt Stellung.

1. Die der Redaktion «ZeitBild» zugesandte Stellungnahme enthielt nur die Punkte 1 bis 3. Der vorangehende Text stammt aus dem Begleitbrief vom 28. 2. 79 und war mithin nicht Bestandteil der Stellungnahme.

2. Bezüglich der Unterstellung in diesem Brief, unvollständige oder aus dem Zusammenhang gerissene und damit irreführende Informationen zu verbreiten, haben wir mit Brief vom 12. 3. 79 um Präzisierung und Begründung gebeten, damit die allfälligen Korrekturen veröffentlicht werden könnten.

3. Im Antwortbrief der «Erklärung von Bern» vom 20. 3. 79 heisst es dann aber: «Da wir in unserer Stellungnahme zum Artikel in 'ZeitBild' keine Vorwürfe erhoben haben, geht es nicht darum, solche zu präzisieren.» Die einzige vom «ZeitBild» offengelassene Frage blieb somit, «ob die Verkünder der ursprünglichen Erklärung von Bern bei der Vereinigung (dieses Namens) in Zürich mitmachen oder der Verwendung dieser Bezeichnung zugestimmt haben».

4. Diese ist durch die im «ZeitBild» 7/79 im Wortlaut veröffentlichte Stellungnahme der «Erklärung von Bern» (Punkte 1 bis 3) beantwortet worden.

5. Falsch und irreführend ist daher die in der

solcher könnte sich aus den Zuschriften ergeben, die zu dieser Thematik noch immer im SOI eintreffen und die wir unbeschadet ihrer sehr unterschiedlichen Meinungen gleicherweise bestens verdanken.

Wichtig ist, dass die Diskussion über politische (oder ideologische) Stellungnahmen kirchlicher Organisationen anderweitig aufgenommen wird. Das hat gerade das «Fastenopfer» auf einer Studientagung Ende Juni in Luzern getan, wobei in Referaten und Arbeitsgruppen die Meinung dominierte, das kirchliche Werk solle nur dort zu politischen Fragen Stellung nehmen, wo es aus eigener Fachkompetenz sprechen könne.

Dem gleichen Bericht entnehmen wir, dass das «Fastenopfer» eine ausserordentliche Soforthilfe von 500 000 Franken an die Vietnam-Flüchtlinge beschlossen hat.

«Dokumentation» erhobene Behauptung, im «ZeitBild» sei die Verdächtigung ausgesprochen worden, die Vereinigung benütze den Namen «Erklärung von Bern» ohne Zustimmung der Initianten.

6. Falsch und irreführend ist ferner die in der «Dokumentation» wiederholte, aber von der «Erklärung» trotz unseres Aufforderns nicht präzierte Unterstellung, im «ZeitBild» seien Verdächtigungen und irreführende Informationen über die «Erklärung von Bern» veröffentlicht worden.

7. Falsch und irreführend ist schliesslich der Titel des Berichtes «Gegen haltlose Gerüchte». Er erweckt den Anschein, im «ZeitBild» seien haltlose Gerüchte über die «Erklärung von Bern» veröffentlicht worden.

Peter Sager

Redaktor vom «ZeitBild» und
Leiter des Ost-Instituts.

Die «Erklärung von Bern» hat diese Stellungnahme in ihrem Rundbrief 1979/2 zwar abgedruckt, aber mit einer Einleitung versehen, die sie offensichtlich unwirksam machen sollte. Diese Einleitung scheint uns so charakteristisch für die

«Kirche als Superstaat?»

Unter diesem Titel haben wir in der letzten Nummer (S.11) einen überaus aktuellen Aufsatz von Prof. Kenneth Baker, S. J., veröffentlicht, aber durch eine irrtümliche Quellenangabe scheinbar desaktualisiert. Tatsächlich veröffentlichte die «Homiletic and Pastoral Review» (New York) den Beitrag in ihrer Aprilnummer 1979 (und nicht 1970). Der Text ist also ebenso von heute wie die Sache.

Art, mit der die Verantwortlichen der «Erklärung von Bern» unsere Bemühungen um Wahrheitsfindung sabotierten, dass wir sie nachstehend im Wortlaut abdrucken:

Nochmals das «Ost-Institut»

– Im «ZeitBild» Nr. 1/79 des Schweizerischen Ostinstituts erschien ein Artikel über die EvB, der u. a. den Eindruck erweckte, die Vereinigung der EvB verstecke sich hinter dem guten Namen der «EvB» von 1968 und die heutigen Träger der Vereinigung benützen diesen Namen möglicherweise ohne Zustimmung der «Verkünder der ursprünglichen Erklärung von Bern».

– Um dieser in Frageform verpackten Verdächtigung entgegenzutreten, sandten wir dem Ost-Institut eine kurze Stellungnahme, unterzeichnet von zwei Erstunterzeichnern der Erklärung von 1968 mit dem Präsidenten unseres schweizerischen Komitees. Die kurze Erklärung erschien im «ZeitBild» Nr. 7/79, nachdem sich das Ost-Institut zunächst brieflich gegen «Vorwürfe» verwahrt hatte, die wir gar nicht erhoben hatten.

– In unserem Brief vom 28. Februar an das Ost-Institut hatten wir ferner festgehalten, dass der Artikel im «ZeitBild» eine Reihe von unvollständigen und aus dem Zusammenhang gerissenen und damit irreführenden Informationen enthielt. Aus welchem Zusammenhang er sie gerissen hat, weiss der Verfasser des «ZeitBild»-Artikels selber; wir sehen deshalb keinen Grund, darauf zurückzukommen. Nun erhalten wir vom Leiter des Ost-Institutes eine lange, gewundene Erklärung, die sachlich bloss aussagt, die Verdächtigung in Nr. 1/79 sei keine Verdächtigung, sondern eine offengelassene Frage. Ist das ein Spiel mit Worten oder ein Rückzieher? Wir überlassen das dem Urteil unserer Leser.

★★★

Fastenopfer und Politik

Zur Auseinandersetzung über ein Bibelzitat von Jakobus 4.4, die im ZeitBild geführt worden ist (Nrn. 9, 11 und 12/79), teilt uns das «Fastenopfer der Schweizer Katholiken» mit, dass man von der Zentralstelle aus vorderhand nicht mehr weiter auf die Angelegenheit eingehen wolle.

Unsererseits halten wir die Diskussionsmöglichkeit grundsätzlich offen, in erster Linie für Rückäusserungen angesprochener Organisationen und Personen, möchten aber die ausgiebig behandelte Sache hier nicht ohne besonderen Anlass weiterführen. Ein

Leider können wir damit das Kapitel «Erklärung von Bern» noch nicht abschliessen.

Wir sehen uns nun veranlasst, ihr unsererseits *Irreführung* vorzuwerfen. Dieser Vorwurf ist für eine Organisation, die in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in kirchlichen Kreisen Geld sammelt, angeblich «für solidarische Entwicklung» (Briefkopf), ernst und schwerwiegend.

Im Rundbrief 1979/2 findet sich — unmittelbar neben der Desinformation über das SOI — der Schlussbericht für die Aktion «Jute statt Plastic». Darin steht, diese habe «nach drei Jahren einen Ueberschuss von rund 32 000 Franken ergeben, der von den an der Aktion beteiligten Hilfswerken und Organisationen verschiedenen entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsvorhaben zugeführt wurde». Musste es schon überraschen, dass der Ueberschuss derartigen Vorhaben und nicht den Partnern in Bangladesh zugeleitet worden ist, so wurde die Sache zum Skandal, als die «Schweizerische Handelszeitung» publizierte (25. 5. 1979), dass vom Reingewinn der Aktion «Jute statt Plastic» Fr. 17 637.92 an die Aktion «Finanzplatz Schweiz—Dritte Welt» gegangen sind, die sich ihrerseits nicht für die Dritte Welt, sondern für die Bankeninitiative der SPS engagiert.

Wer also, motiviert vom Willen, den Armen in Bangladesh zu helfen, einen Ueberpreis für einen Jutesack bezahlte, musste nun nachträglich erfahren, dass er mit seinem Beitrag auch noch eine schweizerische politische Partei unterstützt hatte (ZB 12/1979). Die Handelszeitung schliesst ihren Bericht mit der Feststellung, dass sich die «Erklärung von Bern» mit ihrem Vorgehen «am Rande dessen bewegt, was man schlicht als Missbrauch bezeichnen würde».

Dieser «Missbrauch» ist aber nur die Spitze eines Eisbergs! Das Engagement der «Erklärung von Bern» für die Bankeninitiative der SPS geht viel weiter. In deren «Bildungsdossier Banken» steht an hervorragender Stelle:

«Mitarbeiter der ‚Erklärung von Bern‘ haben an diesem Dossier erheblich mitgearbeitet. Die ‚Erklärung von Bern‘ hat auch wertvolle Untersuchungen zur Bankenfrage angestellt. Diese Arbeiten seien an dieser Stelle bestens verdankt.»

Diese anerkennenden Worte werfen ein besonderes Licht auf die Gründe und Hintergründe, die zur Berufung des früheren Generalsekretärs der «Erklärung von Bern», Rudolf H. Strahm, ins Zentralsekretariat der SPS geführt haben, wo dieser die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Bankeninitiative leitete.

Wie die «wertvollen Untersuchungen zur Bankenfrage» und die erhebliche Mitarbeit der «Erklärung von Bern» an der Bankeninitiative der SPS finanziert worden sind, zeigt wiederum der Bericht der «Schweizerischen Handelszeitung». Danach betrugen bei Einnahmen von 591 921 Franken die Aufwendungen der «Erklärung von Bern» für Personal und Administration 488 253 Franken, also 82,4 Prozent! Vom Rest gingen nochmals 54 520 Franken drauf für «Honorare, Weiterbildung, Anschaffung von Büromaterial (*nicht Verbrauch*), Infobeiträge, Finanzausgleich zwischen der deutschen und welschen Schweiz», so dass über 90 Prozent der Einnahmen in der Bürokratie der Organisation versickerten.

Ist es Zufall, dass in der von der Handelszeitung publizierten Abrechnung kein Wort von Hilfsaktion oder solidarischer Entwicklung zu lesen ist?

MK/PS

Sowjet-Esperanto

Das sowjetische Interesse an internationaler Sprachregelung ist gross. Es zeigt sich auch in den Bemühungen um die Esperanto-Bewegung.

Im März ist in der UdSSR die Gesellschaft sowjetischer Esperantisten gegründet worden. Sie soll mithelfen, die weltweite Esperanto-Bewegung ideologisch zu durchfluten. Seit Mitte der fünfziger Jahre wird dieses Ziel von den Moskauer Ideologen angestrebt.

Esperanto ist eine künstliche Sprache, die vom polnischen Augenarzt L. Zamenhof 1887 ausgearbeitet wurde und von Anhängern auf allen Kontinenten gesprochen wird. Die Universale Esperanto-Gesellschaft (Universala Esperanto Asocio, UEA) wurde 1908 in der Schweiz gegründet, ist jetzt in Rotterdam domiziliert und weist Mitglieder in 79 Ländern auf.

Von Anfang an gab es einige Mitglieder, welche die Bewegung für politische Zwecke missbrauchen wollten, doch sie blieben eine kleine Minderheit. Unter Stalin war Esperanto in der Sowjetunion als ideologisch gefährlich verboten. Nach Stalins Tod nahm sich die Propaganda in ganz Osteuropa sehr rasch dieser Bewegung und Hilfssprache an.

Die UEA ist politisch neutral, aber die gesamte Zahl von 31 752 Einzel- und Kollektivmitgliedern schliesst einen beträchtlichen Teil aus Osteuropa ein: Polen (4230), Bulgarien (4182), Ungarn (3249) und die CSSR (1240) stehen an der Spitze. Mitglieder gibt es aber auch in der UdSSR, in der DDR und in Rumänien.

Anfang der siebziger Jahre mehrten sich die Berichte, dass die osteuropäischen Esperantisten eine führende Rolle in der UEA und ihrer Jugendorganisation anstrebten.

Die Gesellschaft sowjetischer Esperantisten arbeitet eng mit einer andern frontistischen Organisation zusammen: der Esperanto Weltfriedensbewegung (Monpaca Esperantista Movada, MEM). Der Vorsitzende der neuen sowjetischen Gesellschaft, Dr. Mahomed Issajew, Professor am Institut für Sprachen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, ist zugleich Vizepräsident der MEM.

Die MEM wurde 1952 gegründet, vermutlich auf Initiative des jetzt in Helsinki domizilierten Weltfriedensrates (WFR), der längst als sowjetische Propagandaorganisation bekannt ist. MEM-Präsident Nikola Aleksiev, Bulgarien, ist Mitglied des WFR, und beide Organisationen unterhalten enge Beziehungen, die durch die Unterzeichnung eines Abkommens über gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit im Oktober 1973 in Moskau institutionalisiert worden sind.

Das offizielle MEM-Organ «Frieden» (Paco) propagiert monatlich die Erklärungen und Einsätze des WFR und verbreitet damit die Moskauer Propagandalinie. MEM und WFR sind völlig antiwestlich eingestellt und behandeln alle Fragen wie Frieden, Entspannung und Abrüstung unter dem einseitigen sowjetischen Blickwinkel,

während die sowjetische militärische Aufrüstung verschwiegen bleibt.

Derweil die Gesellschaft sowjetischer Esperantisten die Esperanto-Tätigkeit in der UdSSR koordiniert, wird sie vor allem die internationalen Beziehungen pflegen. Sie wird unter den Auspizien der mächtigen «Liga der Sowjetgesellschaften für Freundschaft und kulturelle Auslandsbeziehungen» (SSOD) arbeiten. Deren Zentrum befindet sich in Moskau.

Seit Mitte 1975 führt Frau Sinaida M. Kruglowa den SSOD-Vorsitz; im Februar 1976 wurde sie gar Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Sie ist als Anhängerin einer harten und aggressiven ideologischen Linie bekannt.

Frau Kruglowa sagte kürzlich, dass es in 140 Ländern Gesellschaften für Freundschaft mit der Sowjetunion gebe. Die SSOD beabsichtigt ebenfalls die «jumelage» sowjetischer Städte mit ausländischen, d.h. die «Zwillingsstädte», die natürlich auch für Propaganda eingesetzt werden.

Ein Beispiel für die sowjetischen Propagandabemühungen ergab sich anlässlich einer Begegnung von Esperantisten aus Bulgarien, der CSSR, der DDR, Polen, der UdSSR, Ungarn und erstmals sogar aus Vietnam in einer ungarischen Kleinstadt im April: der ganze Anlass diente der Verurteilung der militärischen Aktion Chinas in Vietnam. Die vietnamesische Invasion in Kambodscha Ende 1978 und die Errichtung einer von Hanoi abhängigen Marionettenregierung im Januar wurden mit Stillschweigen übergangen. Das ist sowjetische Parteilichkeit auf Esperanto.

Peter Sager

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr./DM 23.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)